

Beziehungen Schweiz-EU - Wer ist der neue EU-Vertreter in Bern?

Miroslav Lajcak wird ab September die EU als Botschafter in Bern vertreten. Der Slowake blickt auf eine lange Karriere als Diplomat zurück.



Miroslav Lajcak: Neuer EU-Botschafter in Bern

Aus Echo der Zeit vom 17.07.2024.
Bild: REUTERS/Lisi Niesner

In seiner Laufbahn hat Miroslav Lajcak schon vieles erlebt. Attacken oder Kritik an seiner Person nehme er daher nicht persönlich, sagte der Slowake gegenüber Radio SRF im Winter am WEF. Er sprach dabei über seine aktuelle Rolle als oberster Vermittler der EU im Streit zwischen Kosovo und Serbien.

Erste Erfahrungen auf dem Balkan

Tatsächlich blickt Lajcak auf eine lange Karriere zurück. Als er sein Studium abschliesst, ist Europa noch durch den eisernen Vorhang getrennt. Nach dem Ende des Kommunismus betritt Lajcak die diplomatische Bühne.

Im Jahr 2001 übernimmt er den Posten als Botschafter in Belgrad. Damit kommt er erstmals mit dem Balkan in Berührung, wo sich ein Grossteil seiner weiteren Karriere abspielen sollte.



Lajcak spricht hier bei seiner früheren Arbeit als EU-Sonderbeauftragter für den Dialog zwischen Pristina und Belgrad mit Serbiens Präsident Aleksandar Vucic. (Bild vom März 2021)
EPA/ANDREJ CUKIC

Einen ersten Erfolg kann er in Montenegro verzeichnen. Im Auftrag der EU koordiniert und beaufsichtigt er 2006 das Unabhängigkeitsreferendum, welches die Trennung von Montenegro und Serbien besiegelt. Das Referendum wie auch die Staatstrennung gehen reibungslos über die Bühne.

Weitere Stationen auf der internationalen Bühne

Nach diesem Erfolg wird Miroslav Lajcak zum Hohen Repräsentanten in Bosnien Herzegowina ernannt. Zu jenem Gesandten also, der den Friedensvertrag im Land überwachen soll. Doch Lajcak kann den hohen Erwartungen nicht gerecht werden. Als er nach nur zwei Jahren den Posten frustriert wieder abgibt, attestieren ihm viele Beobachter und Beobachterinnen eine gemischte Bilanz. Allerdings haben seine Nachfolger auf diesem äusserst komplizierten Posten nicht viel mehr erreichen können.

Miroslav Lajcak kehrt dem Balkan fürs Erste den Rücken zu und widmet sich der slowakischen Politik. Als parteiloser Experte ist er als Aussenminister Teil mehrerer Regierungen. Er dient dabei auch unter dem umstrittenen – und derzeit wieder amtierenden – Ministerpräsidenten Robert Fico, der kürzlich ein Attentat überlebt hat.

Vermittler zwischen Pristina und Belgrad

Vor vier Jahren zog es Lajcak wieder auf die europäische Bühne und zurück auf den Balkan. Er wird zum Sondergesandten der EU im Dialog zwischen Belgrad und Pristina ernannt. Die EU hofft, dass es dem erfahrenen Diplomaten endlich gelingt, den Konflikt der beiden Staaten zu lösen: «Ich hoffe, er kann helfen, den Dialog wieder in Gang zu kriegen», sagte EU-Aussenbeauftragter Josep Borrell bei seiner Ernennung.

Doch trotz einer anfänglichen Annäherung spitzt sich der Konflikt zwischen Kosovo und Serbien in Lajcaks Amtszeit wieder zu. Zuletzt wird immer deutlicher, auch Lajcak wird es nicht gelingen, das Verhältnis der beiden Staaten zu normalisieren.

Die Zeit auf dem Balkan ist für Lajcak erstmal vorbei. Er wird ab September der oberste Vertreter der EU in der Schweiz. Ob seine Erfahrungen auf dem Balkan dabei helfen, zwischen Bern und Brüssel zu vermitteln, wird sich zeigen.

Kritik an der Vermittlerrolle von Miroslav Lajcak

Die kosovarische Regierung warf Miroslav Lajcak mehrmals Parteinahme zugunsten Serbiens und dessen Präsidenten Aleksandar Vucic vor. Gleich zweimal kam es im letzten Jahr zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, jeweils ausgehend von der serbischen Seite. Aus Sicht der kosovarischen Regierung reagierte die EU darauf zu zögerlich. Diese machte dagegen, wie auch andere westliche Partner, in Teilen die kosovarische Regierung für die Eskalation verantwortlich. Gegenüber Radio SRF bestritt Miroslav Lajcak im Januar die Parteinahme vehement. Er agiere im Namen der Europäischen Union, die sich strikt neutral verhalte.

Am Ende fällt die Bilanz Lajcaks im Bemühen um ein Normalisierungsabkommen zwischen Kosovo und Serbien ernüchternd aus. Der Dialog für ein Normalisierungsabkommen ist erneut zum Stillstand gekommen. Beide Seiten setzen bereits beschlossene Abmachungen bislang nicht um.